

Geschäftsbericht 2017



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Geschäftsbericht 2017



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Inhalt

Gremien

- 7 Organe der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Provinzial Pensionskasse Hannover AG

- 8 Lagebericht
- 18 Jahresabschluss
- 20 Gewinnverwendungsvorschlag
- 35 Bestätigungsvermerk
- 39 Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Aufsichtsrat

Jörg Sinner
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
Vorsitzender

Thomas Vorholt
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
stellv. Vorsitzender

Angelika Müller
Direktorin der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover

Vorstand

Rolf-Dieter Marson
Vorsitzender

Kerstin Garbe
seit 19.6.2017

Karsten Domke
bis 18.6.2017

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Christian Haferkorn

Lagebericht

Bericht des Vorstands

Geschäftsmodell

Die VGH Versicherungen sind ein Zusammenschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, der Provinzial Lebensversicherung Hannover, der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und der Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Sie bilden eine öffentlich-rechtlich organisierte Versicherungsgruppe und den größten Regionalversicherer Niedersachsens.

Alleiniger Aktionär der Provinzial Pensionskasse Hannover AG ist die Landschaftliche Brandkasse Hannover.

Die Pensionskasse bietet Pensionskassenverträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über die Vertriebswege der VGH, die selbstständige Ausschließlichkeitsorganisation und die Sparkassen in Niedersachsen und Bremen an. Die Beratung erfolgt auch direkt über Spezialisten der Direktion.

Den langfristigen Erfolg des Unternehmens misst die Provinzial Pensionskasse an der Sicherstellung einer angemessenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, um die Garantieverpflichtungen langfristig erfüllen zu können.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Kapitalmärkte

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat erwartungsgemäß ihre lockere Geldpolitik konsequent fortgeführt. Der Leitzins im Euroraum wurde auf dem Rekordtief von null Prozent und der Einlagezins für Banken bei der Notenbank bei – 0,4 Prozent unverändert fortgeschrieben. Das Anleiheaufkaufprogramm hat die EZB bis mindestens Ende September 2018 verlängert. Die Halbierung des monatlichen Volumens auf 30 Milliarden Euro ab Januar 2018 wird jedoch als erster Schritt in den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik gewertet.

Die Rentenmärkte waren weiterhin von einer hohen Volatilität geprägt. Die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen startete zu Jahresbeginn mit 0,28 Prozent, fiel jedoch im Laufe des Aprils auf 0,15 Prozent und stieg im Juli auf den Jahreshöchstwert von 0,58 Prozent. Im vierten Quartal engten sich die Kursschwankungen etwas ein. Nach einem Aufwärtstrend in den letzten drei Wochen des Jahres lag die Rendite zum Jahresende bei 0,42 Prozent.

Unterstützt von einem starken Wirtschaftswachstum und guten Gewinnaussichten der Unternehmen weltweit haben die Aktienmärkte in 2017 neue Höchststände erreicht. Der überraschende Ausgang der Präsidentenwahlen in den USA, die Entwicklungen in Nordkorea, die schwierigen Verhandlungen zum Brexit und die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens zeigten die erheblichen politischen Unwägbarkeiten. Jedoch überlagerten diese nur bedingt die stabilen fundamentalen Daten der Weltwirtschaft. Die Jahresperformance des Deutschen Leitindex (DAX) lag bei rund 12,5 Prozent, die des MSCI World in Euro bei rund 7,5 Prozent.

Konjunkturelles Umfeld

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem Aufschwung, der mittlerweile die meisten Volkswirtschaften erfasst hat. Wesentlicher Treiber ist die Industrieproduktion, die sich nach einer ausgeprägten Schwächephase in den Jahren 2015 und 2016 kräftig beschleunigte. Zudem gewann der weltweite Warenhandel an Dynamik. Mit der Erholung in diesen wichtigen Wirtschaftsbereichen belebte sich auch die weltweite Investitionstätigkeit. Da der seit langem befürchtete Wachstumseinbruch in China ausgeblieben ist und die Umsetzung tiefgreifender wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den USA bislang scheiterte, waren die Erwartungen von Unternehmen und Haushalten positiv beeinflusst und verfestigten die weltkonjunkturelle Dynamik. Insgesamt rechnet das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) in seiner Prognose mit rund 3,3 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft in 2017.

Die Wirtschaft im Euroraum befand sich weiterhin auf einem starken und stabilen Wachstumskurs. Das ifo-Institut rechnet für das Jahr 2017 in der Eurozone mit einem Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Getragen wurde die positive Entwicklung durch privaten Konsum und Investitionen, die verbesserte Lage auf den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten sowie der verstärkten Auslandsnachfrage in wichtigen Absatzmärkten.

In Deutschland beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in 2017 auf 2,3 Prozent, nachdem im Vorjahr ein Anstieg von 1,9 Prozent verzeichnet werden konnte. Bislang stützten der private Konsum und die Bauwirtschaft das Wachstum, hinzugekommen ist nunmehr eine beschleunigte industrielle Produktion infolge verstärkter Impulse aus dem Ausland. Diese Entwicklung führte zur höchsten Beschäftigtenzahl in Deutschland nach der Wiedervereinigung. Dennoch blieb ein außergewöhnlicher Lohn- und Preisanstieg bislang aus. Die Inflationsrate für Deutschland liegt bei 1,8 Prozent.

Deutscher Versicherungsmarkt

Die aktuelle Geschäftslage für die Lebensversicherung wird in der Langfristperspektive unverändert als günstig eingeschätzt. Für die Kunden besteht neben dem Bedarf an kapitalgedeckter Altersvorsorge weiterhin ein hoher Bedarf zur Absicherung biometrischer Risiken in Form von Berufsunfähigkeit und Langlebigkeit.

Das niedrige Zinsniveau minderte jedoch zunehmend die Anlageerträge. Dies hat zur Folge, dass die Zinsüberschussbeteiligung auf breiter Front weiter abgesenkt wurde. Das Produktangebot im privaten Lebensversicherungsmarkt wird verstärkt durch Vorsorgekonzepte mit reduzierter Garantieverzinsung erweitert. Die öffentlichen Diskussionen über die Leistungsfähigkeit deutscher Lebensversicherer und den Rückzug einzelner Versicherer aus dem Geschäftsmodell Lebensversicherung erschweren die objektive Beratung auch in der betrieblichen Altersversorgung, speziell im Mittelstand.

Die Marktentwicklung des deutschen Versicherungsmarktes in 2017 war geprägt von einem leicht rückläufigen Neugeschäft bei laufenden Beiträgen und Einmalbeiträgen. Das Neugeschäft gemessen an der Beitragssumme fiel um 2,4 Prozent zurück, die gebuchten Bruttobeiträge verringerten sich um 0,3 Prozent.

Die skizzierten Entwicklungen prägten im Geschäftsjahr 2017 auch den Markt im Geschäftsgebiet der Provinzial Pensionskasse Hannover.

Betriebsrentenstärkungsgesetz

Die Bundesregierung hat mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz die Rahmenbedingungen für die ergänzende Altersvorsorge verbessert. Vor allem die Betriebsrenten sollen breiter in der Bevölkerung verankert werden. Diverse Neuregelungen wurden in das Betriebsrentengesetz und in das Einkommensteuergesetz aufgenommen. Darüber hinaus wurden für Riester-Verträge höhere Grundzulagen und die neuen Freibeträge beschlossen. Insbesondere für Menschen mit geringerem Einkommen unterstützen diese Verbesserungen die notwendige Altersvorsorge.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

Im Mai 2018 treten neue Regelungen aufgrund der in nationales Recht umzusetzenden EU-DSGVO in Kraft. Diesbezüglich ist eine Harmonisierung des Datenschutzrechts in der EU das Hauptziel der neuen Regelungen. In den Unternehmen sind zahlreiche Anpassungen vorzunehmen, um eine gesetzeskonforme Aufstellung fristgerecht gewährleisten zu können.

EbAV II Richtlinie

Die EbAV II Richtlinie (Richtlinie 2016/2341 des Europäischen Parlaments und Rates vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV)), die im Januar 2019 in nationales Recht umgesetzt sein muss, erlegt den Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung eine Reihe von qualitativen Regelungen und Berichts- sowie Informationspflichten auf. Qualitative Anforderungen im Stile von Solvency II für Lebensversicherungen werden an die EbAV nicht gestellt. Bis zum Ende des Jahres 2017 lag jedoch noch kein Gesetzentwurf des deutschen Gesetzgebers vor.

Gesamtbewertung

Insgesamt verzeichnete die Provinzial Pensionskasse einen zufriedenstellenden Geschäftsverlauf. Aufgrund der angespannten Kapitalmarktsituation musste die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve um ca. 7,8 Millionen Euro aufgestockt werden. Die Überschussbeteiligung für das Jahr 2018 wurde auf demselben Niveau gehalten wie im Vorjahr. Die vorstehend erwähnte Ermittlung der Zinsverstärkung im Altbestand erfolgte auf Basis eines sogenannten beizulegenden Referenzzinses, der nach der sogenannten Korridormethode ermittelt wurde. Damit wird der Anstieg der Zinsverstärkung verlangsamt bzw. der zukünftige Abbau abgemildert. Im Geschäftsjahr wurde ein Quotenrückversicherungsvertrag auf Normalbasis per Jahresbeginn 2017 abgeschlossen. Beide Maßnahmen führen zu Entlastungen bei den Finanzierungserfordernissen der Zinszusatzreserve bzw. der Zinsverstärkung. Dennoch erschwert das anhaltende Niedrigzinsumfeld die Erfüllbarkeit der langfristigen Zinsgarantien weiterhin deutlich. Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung werden mit dem Ziel der Umsetzung in 2018 untersucht.

Überschussverwendung

Nach Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung von 650 Tausend Euro ergab sich ein Jahresüberschuss von 185 Tausend Euro (Vorjahr: 671 Tausend Euro). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis im Geschäftsjahr erstmals positiv von dem Rückversicherungsvorgang beeinflusst ist (Saldo 7,6 Millionen Euro). Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Das ausgewiesene Eigenkapital beträgt 18.994 Tausend Euro (Vorjahr: 18.809 Tausend Euro).

Die Solvabilitätsquote beträgt 163 Prozent (Vorjahr: 143 Prozent).

Neuzugang, Bestand und Beitragseinnahme

Für die Pensionskasse ergab sich ein Neuzugang von 750 Personen (Vorjahr: 910) und damit ein Minus von 17,6 Prozent in der Stückzahl. Der Bestand fiel um 0,4 Prozent auf 29.931 Personen (Vorjahr: 30.043) einschließlich inzwischen 994 laufenden Renten (Vorjahr: 777).

Die Beitragseinnahmen sanken leicht um 1,2 Prozent auf 24,2 Millionen Euro (Vorjahr: 24,5 Millionen Euro). 19,5 Millionen Euro der Beitragseinnahmen wurden in Rückdeckung gegeben (Vorjahr: 0 Euro).

Versicherungsleistungen und Rückversicherung

Die Versicherungsleistungen betrugen 10,6 Millionen Euro (Vorjahr: 9,2 Millionen Euro). Diese wurden weit überwiegend als einmalige Kapitalzahlung ausgezahlt, denn von den Personen, die die Altersgrenze erreichen, wählten nach wie vor die Mehrzahl Kapital statt Rente.

Insgesamt erhöht sich die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft um 31,9 Millionen Euro (Vorjahr: 34,7 Millionen Euro). 400,3 Millionen Euro der gesamten Deckungsrückstellung entfallen auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft. Dieser Betrag entspricht den Depotverbindlichkeiten. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 0,65 Millionen Euro (Vorjahr: 1,5 Millionen Euro) zugeführt.

Um der zukünftigen Steigerung der Lebenserwartung Rechnung zu tragen, wurde die Deckungsrückstellung auf Basis genehmigter Geschäftspläne um 16,8 Millionen Euro auf 345 Millionen Euro verstärkt.

Die Zinszusatzreserve war von 20,0 Millionen Euro im Vorjahr auf 27,8 Millionen Euro zu erhöhen.

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und Überschussanteil liegt 2018 wie im Vorjahr bei 2,0 Prozent. Die Aufstellung der Überschussanteilsätze aller Tarife befindet sich im Anhang.

Kosten

Die Pensionskasse beschäftigt außer den Vorständen keine eigenen Mitarbeiter. Es werden Dienstleistungen der Provinzial Lebensversicherung Hannover und des ab 1. Juli bestellten externen Verantwortlichen Aktuars in Anspruch genommen.

An Abschlusskosten fielen 732 Tausend Euro (Vorjahr: 644 Tausend Euro) an. Die laufenden Verwaltungskosten betrugen 616 Tausend Euro (Vorjahr: 652 Tausend Euro). Die Abschlusskostenquote liegt bei 3,0 Prozent (Vorjahr: 2,6 Prozent), die Verwaltungskostenquote bezogen auf die Beiträge belief sich auf 2,5 Prozent (Vorjahr: 2,7 Prozent).

Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagebestand stieg auf 434,2 Millionen Euro (Vorjahr: 404,9 Millionen Euro). Der weit überwiegende Teil von 71 Prozent (Vorjahr: 77,6 Prozent) ist in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen angelegt. Über 91,4 Prozent der Festzinstitel waren in Anleihen der öffentlichen Hand, Anleihen mit Gewährträgerhaftung und deutsche Pfandbriefe bester Bonität investiert. Von den bisher als schwierig eingestuften Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien befanden sich am Jahresende italienische, irische und spanische Staatsanleihen mit einem Zeitwert von 12,9 Millionen Euro im Bestand.

In weltweit diversifizierten Spezialfonds wurden 13,4 Prozent (Vorjahr: 5,9 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen angelegt. Dadurch stieg die Aktienquote deutlich an.

Aufgrund der hohen Qualität des festverzinslichen Bestands sowie der laufenden Steuerung und Überwachung ist das Bonitätsrisiko insgesamt unverändert als gering einzustufen.

Angesichts der anhaltenden extremen Niedrigzinsphase ist die aktuelle Ertrags-situation der Pensionskasse noch als stabil anzusehen. In der Neuanlage im Direktbestand konnten im Mittel nur noch etwa 1,6 Prozent erzielt werden. Insgesamt ergaben sich Netto-Kapitalerträge von 13,4 Millionen Euro (Vorjahr: 23,2 Millionen Euro) und eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 3,2 Prozent (Vorjahr: 6,0 Prozent).

Die Pensionskasse weist zum Jahresende saldierte stille Reserven in Höhe von 35,8 Millionen Euro (Vorjahr: 50,3 Millionen Euro) bzw. 8,2 Prozent (Vorjahr: 12,4 Prozent) des Anlagebestandes aus.

Im Klageverfahren gegen die HETA Asset Resolution und das Land Kärnten wurde vom Verfassungsgerichtshof in Wien festgestellt, dass die seitens der Pensionskasse angeführten Verletzungen des Grundrechts auf Eigentum bzw. Gleichbehandlung durch das sogenannte FinStaG nicht vorliegen. Der Vorstand hat sich entschieden, die laufenden Verfahren vor den Zivilgerichten in Österreich fortzusetzen. Der Buchwert des HETA-Engagements beläuft sich bei der Pensionskasse auf 0,9 Millionen Euro.

Planungsabgleich

Die Provinzial Pensionskasse verzeichnete ein Neugeschäft oberhalb der Planannahmen, soweit es die Beiträge betrifft (24,2 Millionen Euro nach 24,0 Millionen Euro Planwert). Die Anzahl der neu versicherten Personen lag mit 750 unterhalb der geplanten 1.000 Personen. Der Bestand an versicherten Personen lag aber mit 29.931 Personen um 131 Personen über Planwert.

Die in 2017 erzielte Nettoverzinsung von 3,2 Prozent liegt unter der des letztjährigen Prognoseberichts mit 5,2 Prozent. Dies liegt darin begründet, dass aufgrund der Rückversicherungslösung für die Erhöhung der Zinsverstärkung eine Realisierung von stillen Reserven nicht erforderlich war.

Die Zinszusatzreserve übersteigt mit 27,8 Millionen Euro nur leicht das Planniveau. Der Referenzzinssatz per 31.12.2017 lag zwar 16 Basispunkte unterhalb der Annahme aus dem letztjährigen Prognosebericht, doch führte die Anwendung der sogenannten Korridormethode im Altbestand zu einem gegenläufigen Effekt.

Prognosebericht

Das Interesse an kapitalgedeckter Altersvorsorge ist aktuell als schwach einzuschätzen. Gleichwohl hat die letzte Bundesregierung mit der Umsetzung der reinen Beitragszusage im Rahmen des Betriebsrentenstärkungsgesetzes ein Signal für die kapitalgedeckte Altersversorgung gesetzt. Dabei sind Garantien der Leistungen ausgeschlossen worden. Diverse Sicherungsmechanismen wurden stattdessen installiert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich auch für das Pensionskassengeschäft Impulse jenseits der reinen Beitragszusage ergeben. Darüber hinaus wird zu beobachten sein, ob es langfristig zu einem grundsätzlich anderen Verständnis und zu einer anderen Wichtung klassischer Garantien mit jährlichem Lock-In-Mechanismus kommt.

Für 2018 erwarten wir, dass das Neugeschäft weiter konstant gehalten wird. Dieses reicht wie in den Vorjahren nicht aus, um den Bestandsabrieb, insbesondere durch planmäßiges Ausscheiden, auszugleichen. Die Beiträge werden weiter leicht abnehmen.

Trotz unserer sehr langfristig ausgerichteten Kapitalanlagen werden sich die anhaltenden Niedrigzinsen am Kapitalmarkt bemerkbar machen. Gleichzeitig muss die planmäßig ansteigende Zinsverstärkung finanziert werden. Die bislang von uns schon ergriffenen Maßnahmen werden wir auf ihre Wirksamkeit kontinuierlich überprüfen, weitere streben wir an. Wir gehen bei einem Rückgang der laufenden Verzinsung auf 2,3 Prozent von einer Nettoverzinsung in Höhe von 2,9 Prozent aus, die damit unter der in 2017 erzielten Nettoverzinsung von 3,2 Prozent liegen sollte.

Die Zinszusatzreserve erhöht sich nach aktuellen Zinsannahmen im nächsten Jahr weiter deutlich um ca. 9,7 Millionen Euro. Bei einem angenommenen Referenzzinssatz per 31.12.2018 von 1,88 Prozent liegt sie dann bei ca. 37,5 Millionen Euro.

Die Solvabilitätsquote erwarten wir Ende 2018 bei 154 Prozent. Um die langfristige Ergebnissituation zu stabilisieren, sind weitere Maßnahmen erforderlich.

Chancen- und Risikobericht

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken ist Ziel der Risikostrategie. Folgende Erfolgsfaktoren sehen wir in der mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens. Demgegenüber stehen die allgemeinen Risiken aus dem Versicherungsgeschäft und der strategischen Aufstellung der Provinzial Pensionskasse Hannover AG im regionalen Marktumfeld.

Chancenbericht

Dezentrale Unternehmensstrukturen

Während sich einzelne Versicherer aus ländlichen Regionen zurückziehen, bleibt die VGH ihren historischen Wurzeln und ihrem dezentralen Geschäftsmodell treu. Die Verankerung in der Region erfolgt seit Generationen durch eine starke Ausschließlichkeitsorganisation mit rund 450 Agenturen und den Sparkassen mit ihrem dichten Filialnetz. Insgesamt 11 Regionaldirektionen koordinieren die vertrieblichen und betrieblichen Belange in der Fläche. Mit der damit verbundenen Kundennähe kann die VGH langfristig ihre Marktstärke ausbauen und Wettbewerbsvorteile auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge sowohl in den städtischen als auch ländlichen Regionen ihres Geschäftsgebiets generieren.

Produktpolitik

Im Verbund der VGH Versicherungen mit 1,8 Millionen Privat- und 80.000 Geschäftskunden wollen wir unsere Produktpalette konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kundengruppe ausrichten. In diesem Rahmen ordnet sich auch das Produktangebot der Pensionskasse ein.

Risiko-/Ertragsorientierte Kapitalanlage

Das Kapitalanlagemanagement eines Versicherers zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite, Liquidität und Fungibilität aus. Die Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse Hannover AG werden im Wesentlichen in zwei Segmenten gesteuert: Das Replikationsportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln, die sich an den passivseitigen Verpflichtungen orientieren. Innerhalb des Risikoportfolios erfolgt eine aktive Risikoübernahme zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Replikationsportfolios. In diesem Segment erfolgt eine professionelle, zeitnahe Risikosteuerung. Die Kapitalanlagestrategie definiert den Umfang und die Struktur der genannten Segmente. Mit dieser überwiegend prognoseunabhängigen Aufstellung kann die Provinzial Pensionskasse Hannover AG eine ihren Verpflichtungen angemessene Anlage und Rendite sicherstellen und das bereitgestellte Risikokapital effizient einsetzen.

Unternehmenskultur/Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund der engen personellen Bindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert unser Unternehmen von der Unternehmenskultur der VGH, die von einer hohen Motivation und Identifikation der Mitarbeiter im Innen- und Außendienst geprägt ist, Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander fördert und das unternehmerische und eigenverantwortliche Denken und Handeln stärkt. Hierfür investiert die VGH in Qualifikation und Gesunderhaltung der Mitarbeiter.

Risikobericht

Marktrisiko

Für die deutschen Pensionskassen stellt die Null- bzw. Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank eine erhebliche Belastung dar.

Bei anhaltend niedrigem Zinsniveau wurden zur Entlastung der Zinszusatzreserve bereits zum 31.12.2016 Abgangswahrscheinlichkeiten für Storno und Kapitalwahl angesetzt. Aufgrund des anhaltend sehr niedrigen Zinsniveaus ist auch das Geschäftsjahr 2017 durch hohe Belastungen gekennzeichnet. Zur weiteren Stabilisierung der Pensionskasse ist mit Wirkung ab dem 1.1.2017 ein Rückversicherungsvertrag mit der Muttergesellschaft, Landschaftliche Brandkasse Hannover, abgeschlossen worden. Ferner ist die Zinsverstärkung im Altbestand auf Basis eines von der Aufsicht genehmigten Geschäftsplans mit einem beizulegenden Referenzzins gerechnet worden, der höher ist als der Referenzzinssatz nach der Deckungsrückstellungsverordnung.

Unter Berücksichtigung der umgesetzten Maßnahmen ergibt sich für die aufsichtsrechtliche Risikobedeckung eine deutliche Entlastung gegenüber der bisherigen Entwicklung und im Vergleich mit dem bisher prognostizierten Trend.

Versicherungstechnische Risiken

Grundsätzlich besteht das versicherungstechnische Risiko in der Abweichung der den Verträgen zugrundeliegenden Rechnungsgrundlagen für Zins, Sterblichkeit und Kosten. Zur Beschränkung dieses Risikos sind Sicherheitszuschläge und in den älteren Bedingungen eine Anpassungsklausel enthalten, die Änderungen mit Genehmigung der BaFin zulässt. Wie in den Vorjahren wurde auch 2017 die Zusatzrückstellung für biometrische Risiken um weitere 1,4 Millionen auf 17,9 Millionen Euro ausgebaut.

Der massive Ausbau der Zinsverstärkung wurde fortgeführt. Der notwendige weitere Aufbau in den nächsten Jahren wird sehr hohe Anstrengungen erfordern. Für 2016 betrug die Erhöhung 9,4 Millionen Euro, nach 7,8 Millionen Euro in 2017 werden 9,7 Millionen Euro in 2018 an Erhöhung erwartet. Bei unverändertem Niedrigzinsniveau wird sich die Zinsverstärkung bis 2021 auf über 55 Millionen Euro summieren. Vor dem Hintergrund der Unsicherheit zukünftiger Entwicklungen können Überbrückungsmaßnahmen notwendig werden.

Kreditrisiken

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen aufgrund der Tarifkonstruktion nicht.

Neben der Kapitalanlage bestehen Kreditrisiken im Wesentlichen aus der Rückversicherung. Das Risiko eines Forderungsausfalls im zedierten Geschäft besteht ausschließlich gegenüber der Landschaftlichen Brandkasse Hannover. Dieses Risiko wird durch die enge Einbindung in die VGH Versicherungen minimiert.

Kapitalanlagerisiken

Die von der Provinzial Pensionskasse verwalteten Kapitalanlagen werden zum weit überwiegenden Teil der Deckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern dienen. Somit bestehen besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement. Der Rechnungszins des Bestandes unter Berücksichtigung der bisher vorgenommenen Zinsverstärkung und Annahme der dauerhaften Fortführung der Unternehmenstätigkeit liegt bei 2,32 Prozent. Die laufende Verzinsung der langfristig angelegten Kapitalanlagen lag 2017 noch rund 0,3 Prozent-Punkte darüber. Durch die niedrigeren Rechnungszinsen der neueren Tarifgenerationen sowie die vorzunehmende Zinsverstärkung wird der mittlere Rechnungszins weiter fallen.

Die Kapitalanlagen werden unter strikter Beachtung der innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess getätigt. Marktpreis-Risiken werden unterjährig laufend überwacht und bewertet. Durch eine ausgewogene Mischung und Streuung der Anlagen sowie Volumenlimite je Anlagegeschäft wird das Preisrisiko begrenzt. Das Bonitätsrisiko wird durch die sorgfältige Auswahl der Emittenten und eine kontinuierliche Überprüfung der Ratings gesteuert. Die erstklassig gerateten Anlagen dominieren, sodass kein nennenswertes Bonitätsrisiko besteht. 76 Prozent der Papiere mit Zinscharakter liegen in der Ratingkategorie A-AAA, davon 41 Prozent in AAA. Die ungesicherten Zinstitel von Banken haben einen Zeitwert von 17,9 Millionen Euro. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Auch 2017 haben sich Anlagestrategie und Anlageprozess erfolgreich bewährt.

Der von der BaFin vorgeschriebene Stresstest wurde durchgeführt und die Solvabilitätsanforderungen unter allen vorgeschriebenen Szenarien erfüllt.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken sind sehr gering, da ein schnelles Storno von Verträgen aufgrund der arbeitsrechtlichen Beschränkungen in der betrieblichen Altersversorgung grundsätzlich nicht möglich ist.

Sonstige Risiken

Die operationellen Risiken, z. B. in Form von Verlusten, aufgrund fehlgeschlagener interner Prozesse oder externer Ereignisse werden im Rahmen der Risikoinventur (zweimal pro Jahr) unternehmensweit erhoben. Wesentliche Risiken sowie die notwendigen Maßnahmen zur Risikominimierung werden laufend den Erfordernissen angepasst. Ergänzend sind die internen Kontrollsysteme dokumentiert und werden regelmäßig geprüft. Die operationellen Risiken werden in einem eigenen Risikoausschuss beraten. Die sonstigen Risiken beinhalten insbesondere das strategische Risiko und das Reputationsrisiko. Strukturelle Themen (z. B. Notfallplanung, Kontrollsysteme) wurden im Berichtsjahr weiterentwickelt.

Rechtsrisiko

Rechtsrisiken bestehen für die Lebensversicherungsbranche vorwiegend aus den geplanten gesetzgeberischen Vorhaben, die den unternehmerischen Entscheidungsspielraum in der Produktgestaltung einschränken können, sowie aus der deutschen oder europäischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur weiteren Gestaltung des Verbraucherschutzes, die vor allem in bestehende Verträge eingreift. Wegen der branchenweiten Bedeutung nimmt die Arbeit der Verbände hier eine besondere Stellung ein.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank eine erhebliche Belastung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darstellt. Auch bei der Provinzial Pensionskasse könnte dies zukünftig zu Finanzierungsproblemen bei der bisher geplanten Zinsverstärkung führen und weitere Konsolidierungsmaßnahmen erfordern. Auf – auch aus Sicht der gesamten Branche – notwendige Anpassungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen muss weiterhin gewartet werden.

Die Risikosituation der Provinzial Pensionskasse Hannover AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risikomanagementsystem

Risikoorganisation und Risikomanagement

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG nutzt im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrages das Risikomanagementsystem der VGH Versicherungen, Hannover. Durch das Risikomanagement werden Risiken identifiziert, erfasst und bewertet. Weiterhin ermöglicht diese systematische Erfassung der Risiken das frühzeitige Aufzeigen und Nachhalten von Handlungsmaßnahmen.

Die Risikomanagementfunktion der Gruppe überwacht laufend die Risiken, begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung ihrer Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und unterstützt den Vorstand bei den Aufgaben zum Risikomanagement. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens informiert.

Mit dem Risikofrüherkennungssystem der Provinzial Pensionskasse Hannover AG sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen wird sichergestellt, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann.

Das Risikotragfähigkeitskonzept bildet den Grundstein der quantitativen Risikosteuerung. Im Rahmen der jährlichen Angemessenheitsentscheidung stellt der Vorstand das Risikobudget für das Unternehmen und die einzelnen Risikokategorien zur Verfügung. Die unterjährige Überwachung und Steuerung des Budgets, insbesondere der Marktrisiken, wird unterstützt durch die vorhandenen Limitsysteme.

Weitere Informationen

Schlusserklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinie seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die allgemein anerkannten Grundsätze einer guten Corporate Governance.

Sonstiges

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG ist freiwilliges Mitglied im gesetzlichen Sicherungsfonds der Lebensversicherungsunternehmen.

Hannover, den 16. April 2018

Der Vorstand

Übrige Angaben

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2017

	Anwärter		
	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	13.443	15.823	
II. Zugang während des Geschäftsjahres			
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang zu Rentnern	309	440	
2. Sonstiger Zugang	1	0	
3. Gesamter Zugang	310	440	
III. Abgang während des Geschäftsjahres			
1. Tod	31	13	
2. Beginn der Altersrente	118	104	
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	2	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	361	395	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	
7. Sonstiger Abgang	47	8	
8. Gesamter Abgang	557	552	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	13.196	15.741	
Davon			
1. Beitragsfreie Anwartschaften	1.767	2.616	
2. in Rückdeckung gegeben	10.924	13.140	

Invaliden- und Altersrente			Hinterbliebenenrenten					
Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
Anzahl	Anzahl	Tsd. €			Tsd. €	Witwen	Witwer	Waisen
						Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
418	359	955	0	0	0	0	0	0
118	109	294	0	0	0	0	0	0
0	1	1	0	0	0	0	0	0
118	110	295	0	0	0	0	0	0
7	3	10	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	0	0	0	0	0	0	0
7	4	11	0	0	0	0	0	0
529	465	1.239	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
527	463	1.238	0	0	0	0	0	0

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 3.994.108 Euro ausgewiesen.

Der Vorstand wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Hannover, den 16. April 2018

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite	2017			2016
	€	€	€	€
A. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Beteiligungen an anderen Unternehmen		424.103		208.982
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht verzinsliche Wertpapiere	65.029.874			40.428.892
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	54.967.215			50.131.988
3. Sonstige Ausleihungen	308.817.176			314.151.392
4. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000.000	433.814.265	434.238.368	0
B. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an				
1. Versicherungsnehmer		0		0
II. Sonstige Forderungen		858.551	858.551	0
Davon: an verbundene Unternehmen: 0 € (0 €)				
C. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		43		212
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		4.719.149		1.307.807
III. Andere Vermögensgegenstände		330.090	5.049.282	123.584
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		3.872.462		4.217.078
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		686.083	4.558.545	748.006
Summe der Aktivseite			444.704.746	411.317.942

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 128 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 17. April 2018

Dr. Christian Haferkorn
Treuhandler

Passivseite	2017		2016
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes/gezeichnetes Kapital		3.000.000	3.000.000
II. Kapitalrücklage		8.906.911	8.906.911
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen		3.093.089	3.093.089
IV. Bilanzgewinn		3.994.108	18.994.108
			3.808.724
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	416.627.664		384.733.262
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	400.307.650	16.320.014	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	1.776.171		1.344.757
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.685.192	90.979	0
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		4.681.510	21.092.503
			4.062.776
C. Andere Rückstellungen			
I. Steuerrückstellungen		110.000	183.975
II. Sonstige Rückstellungen		142.367	252.367
			65.700
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			
		400.307.650	0
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an			
1. Versicherungsnehmern		938.885	990.991
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.893.883	0
III. Sonstige Verbindlichkeiten		750.941	3.583.709
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 712.809,86 € (604.899,03 €)			622.297
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		474.409	505.460
Summe der Passiva		444.704.746	411.317.942

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 235 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 233 Absatz 3 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 2.1.2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 3. April 2018

Dr. Klaus Friedrich
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017			2016
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		24.206.338		24.489.563
b) Abgegebene Versicherungsbeiträge		19.513.478	4.692.860	0
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			31.266	331.454
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen				
Davon: aus verbundenen Unternehmen 0 € (0 €)		1.586		0
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon: aus verbundenen Unternehmen 0 € (0 €)				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		11.380.222		11.097.301
c) Erträge aus Zuschreibungen		0		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.254.411	13.636.219	12.371.439
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			27.992	26.454
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	10.158.324			9.497.504
bb) Anteil der Rückversicherer	9.965.965	192.359		0
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	431.415			- 267.539
bb) Anteil der Rückversicherung	0	431.415	623.774	0
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		31.894.402		34.685.585
bb) Anteil der Rückversicherer		27.646.636	4.247.766	0
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			650.000	1.500.000
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen	731.958			644.385
b) Verwaltungsaufwendungen	616.173	1.348.131	0	651.842
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		428.442	919.689	0
Übertrag:			11.947.108	1.604.434

	2017		2016
	€	€	€
Übertrag:		11.947.108	1.604.434
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		235.168	237.145
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		0	0
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.755	236.923
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		11.149.491	15.673
11. Versicherungstechnisches Ergebnis		560.694	1.351.616
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		13	73
2. Sonstige Aufwendungen		214.748	- 214.735
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		345.959	1.123.514
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		160.575	452.700
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		185.384	670.814
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		3.808.724	3.137.910
7. Bilanzgewinn		3.994.108	3.808.724

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

- A. Kapitalanlagen**
- Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.
- Anteile an Investmentvermögen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind – soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet –, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet. Soweit Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, wird vom Wahlrecht der Bewertung nach den Grundsätzen des Anlagevermögens für einzelne Vermögensgegenstände Gebrauch gemacht.
- Namensschuldverschreibungen werden mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung auf die jeweilige Laufzeit verteilt.
- Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.
- Die übrigen Ausleihungen beinhalten Ausleihungen gegenüber niedersächsischen Kommunen sowie Anteile am Sicherungsfonds für Lebensversicherungen.
- Einlagen bei Kreditinstituten werden mit ihrem Nominalbetrag ausgewiesen.
- B. Forderungen**
- Forderungen werden mit dem jeweiligen Nennwert angesetzt. Abschreibungen und Wertberichtigungen waren nicht notwendig.
- C. Sonstige Vermögensgegenstände**
- Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauern.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem Nennbetrag.
- Die anderen Vermögensgegenstände beinhalten Steuererstattungsansprüche aus Vorjahren in Höhe von 330 (124) Tausend Euro.
- D. Rechnungsabgrenzungsposten**
- Es handelt sich um Agioträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 685 (747) Tausend Euro. Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Namensschuldverschreibungen und übrige Ausleihungen von 3.872 (4.217) Tausend Euro, die erst in 2018 fällig werden.

PASSIVA

- B. Versicherungstechnische Rückstellung** Die Deckungsrückstellung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv mit implizit angesetzten Kosten und Bildung einer Verwaltungskostenreserve berechnet.
- Dabei wurden für die bis einschließlich 2005 abgeschlossenen Tarife (Altbestand) ein Rechnungszinssatz von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent und jeweils die mit einem zusätzlichen Abschlag versehenen Heubeck-Richttafeln 1998 sowie ein Referenzzins von 2,37 Prozent gemäß des am 2.1.2018 von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplans verwendet. Um das Sicherheitsniveau zu erhöhen, wurde eine zusätzliche Verstärkung der Deckungsrückstellung für Sterblichkeit vorgenommen.
- Den Berechnungen der Deckungsrückstellung für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge (Neubestand) liegen ein Rechnungszins von 2,75 Prozent, 2,25 Prozent, 1,75 Prozent, 1,25 Prozent bzw. 0,9 Prozent und die Sterbetafeln DAV 2004 R der Deutschen Aktuarvereinigung sowie ein Referenzzins von 2,21 Prozent gemäß § 5 Absatz 3 DeckRV zugrunde. Für ab dem 21.12.2012 neu begründete Versicherungsverhältnisse werden geschlechterunabhängige Mischtafeln auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R verwendet.
- Bei der Berechnung der Zinszusatzreserve im Neubestand bzw. der der Zinsverstärkung im Altbestand wurden analog zum Vorjahr Kapitalabfindungs- oder Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.
- Auf den Rechnungszins von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent entfallen 62,8 Prozent bzw. 23,3 Prozent von der Deckungsrückstellung (inkl. Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve). Auf den Rechnungszins von 2,25 Prozent entfällt 10,0 Prozent, auf den Zinssatz 1,75 Prozent 3,0 Prozent, auf den Zinssatz von 1,25 Prozent 0,8 Prozent sowie auf den Zinssatz von 0,9 Prozent 0,1 Prozent der Deckungsrückstellung (inkl. Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve). Es handelt sich um ungezillmerte Tarife.
- Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt individuell je Schadenfall.
- C. Andere Rückstellungen** Alle anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.
- D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft** Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- E. Andere Verbindlichkeiten** Der Ansatz erfolgt mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.
- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.
- F. Rechnungsabgrenzungsposten** Abgegrenzt werden Disagien aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 474 (505) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

A.I.1 Beteiligungen	<p>Es handelt sich um eine Beteiligung von 1,85 Prozent an der Nord KB Dachfonds IV Beteiligungsgesellschaft mbH.</p> <p>In dem Posten sind stille Lasten in Höhe von 93 Tausend Euro enthalten. Die Wertminderungen werden aufgrund der frühen Investmentphase als nicht dauerhaft beurteilt.</p>
A.II.1 Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	<p>Der Posten enthält Anteile an Investmentvermögen mit dem Anlageziel Aktien, Immobilien und Renten mit Buchwerten in Höhe von 65.030 Tausend Euro. Die Marktwerte betragen 65.227 Tausend Euro. Ausschüttungen erfolgten in Höhe von 1.554 Tausend Euro.</p> <p>Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe gibt es bei den Anteilen mit dem Anlageziel Immobilien.</p>
A.II.2 Inhaberschubverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	<p>In dem Posten sind stille Lasten in Höhe von 348 Tausend Euro enthalten. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven von 10.447 Tausend Euro gegenüber. Es ist beabsichtigt, die Papiere bis zum Ende der Laufzeit zu behalten. Im Berichtsjahr wurden in Folge der Zuordnung zum Anlagevermögen außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 348 (265) Tausend Euro gemäß § 253 Abs. 3 HGB unterlassen und als stille Lasten in das Jahr 2018 vorgetragen.</p> <p>Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Papiere nicht vollständig bedient werden.</p>
A.II.3 Sonstige Ausleihungen	<p>In den Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten enthalten, die über ihrem beizulegenden Wert ausgewiesen werden. Den Buchwerten von 17.333 Tausend Euro stehen Zeitwerte von 15.700 Tausend Euro gegenüber. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zu den jeweiligen Laufzeitenden wieder ausgeglichen.</p> <p>In dem gesamten Posten sind stille Lasten in Höhe von 7.160 Tausend Euro enthalten. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven von 314.151 Tausend Euro gegenüber. Es ist beabsichtigt, die Papiere bis zum Ende der jeweiligen Laufzeit zu behalten.</p>
C.III Andere Vermögensgegenstände	<p>Es handelt sich um Steuererstattungsansprüche in Höhe von 330 (124) Tausend Euro, die aus zu hohen Vorauszahlungen resultieren.</p>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<p>Es handelt sich im Wesentlichen um abgegrenzte Zinsen für Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen in Höhe von 3.872 (4.217) Tausend Euro, die erst in 2018 fällig werden. Des Weiteren beinhaltet der Posten Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 686 (748) Tausend Euro.</p>

Entwicklung der Aktivposten A und B

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen
	2016		
	€	€	€
A. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Beteiligungen	208.982	269.304	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.428.892	34.621.323	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50.131.989	8.211.861	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	164.622.735	1.075.023	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	140.894.993	5.999.379	0
c) Übrige Ausleihungen	8.633.665	86.061	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	5.000.000	0
Insgesamt	404.921.255	55.262.951	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwertes

Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivaten Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen. Inhaberschuldverschreibungen und Anteile an Investmentvermögen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte *)	Zeitwertreserve*)
€	€	€	2017 €	2017 €	2017 €	2017 €
54.183	0	0	424.103	424.104	330.501	- 93.603
10.020.341	0	0	65.029.874	65.029.874	65.227.447	197.573
3.376.635	0	0	54.967.215	54.967.215	65.065.714	10.098.499
9.500.000	0	0	156.197.758	156.408.377	174.927.923	18.519.546
2.893.453	0	0	144.000.919	144.000.919	151.609.023	7.608.104
101.226	0	0	8.618.499	8.618.499	8.08.909	- 535,590
0	0	0	5.000.000	5.000.000	4.999.995	- 5
25.945.838	0	0	434.238.368	434.448.988	470.243.512	35.794.524

*) ohne A; einschl. Agien und Disagien

Für die in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen ergeben sich als

	2017 €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	73.648.373
Gesamtsumme der beizulegenden Zeitwertes	73.310.356
Saldo	- 338.017

A.I Eingefordertes / gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 3 Millionen Euro und ist eingeteilt in 300 Stückaktien.

A.II Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage setzt sich wie folgt zusammen:

	2017 €	2016 €
Kapitalrücklage		
nach:		
§ 272 Abs 2 Nr. 1 HGB	500.000	500.000
§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	8.406.911	8.406.911
Stand am Ende des Geschäftsjahres	8.906.911	8.906.911

A.III Gewinnrücklage

1. andere Gewinnrücklagen

Entwicklung	2017 €	2016 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089
Zuführung zu dem Bilanzgewinn	0	0
Stand am Ende des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089

A.IV Bilanzgewinn

Entwicklung	2017 €	2016 €
Jahresüberschuss	185.384	670.814
Gewinnvortrag	3.808.724	3.137.910
Bilanzgewinn	3.994.108	3.808.724

B.I Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr wurde die Zinsverstärkung im Altbestand bzw. Zinszusatzreserve im Neubestand als Teil der Deckungsrückstellung analog zum vorangegangenen Berichtsjahr unter Berücksichtigung aktualisierter unternehmensspezifischer Wahrscheinlichkeiten mit entsprechenden Sicherheiten für die Ausübung des Kapitalwahlrechts und der Storno-Option gebildet. Insgesamt besteht zum Bilanzstichtag eine Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve in Höhe von 27.801 (20.008) Tausend Euro. Zur langfristigen Absicherung der Zinssatzverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve aufgrund des andauernden Niedrigzinsumfelds damit um 7.793 Tausend Euro weiter erhöht.

B.III Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2017 €	2016 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	4.062.776	2.894.230
Entnahme	31.266	331.454
Zuführungen	650.000	1.500.000
Stand am Ende des Geschäftsjahres	4.681.510	4.062.776
davon:		
Festgelegte, aber noch nicht zugeweilte laufende Überschussanteile	51.457	32.150
Ungebundene	4.630.053	4.030.626

C.II Sonstige Rückstellungen	2017 €	2016 €
Jahresabschlussprüfung	35.700	35.700
Personalarückstellung	16.667	5.000
Rechtsberatung	90.000	25.000
Insgesamt	142.367	65.700

D.I Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten überwiegend vorausgezahlte Beiträge.

E. Rechnungsabgrenzungsposten Der Posten beinhaltet Disagien aus Namensschuldverschreibungen privatrechtlicher Geld- und Kreditinstitute sowie gegenüber Bund, Länder, Gemeinden und andere Körperschaften in Höhe von 474 (505) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Beiträge Sämtliche Beiträge resultieren aus dem Inlandsgeschäft.

Kapitalversicherungen	2017 €	2016 €
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	0	0

Renten- und Pensionsversicherungen	2017 €	2016 €
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	24.206.338	24.489.563

Davon aus:	2017 €	2016 €
Einzelversicherungen	8.111.560	8.029.057
Kollektivversicherungen	16.094.778	16.460.506

Sonstige Angaben

Provisionen und Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2017 €	2016 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	684.420	588.398
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
6. Aufwendungen insgesamt	684.420	588.398

Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen

Im Jahresabschluss angabepflichtige Haftungsverhältnisse i. S. d. § 251 HGB, sonstige aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse oder wesentliche andere finanzielle Verpflichtungen i. S. v. § 285 Nr. 3 i. V. m. § 341 a Abs. 2 Satz 4 HGB bestehen nicht.

Gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel in Höhe von 4.166 Tausend Euro.

Weitere Angaben

Nach der vorliegenden Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, das gesamte gezeichnete Kapital der Provinzial Pensionskasse Hannover AG.

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Aus der möglichen Ausübung ausgesprochener Andienungsrechte bestehen latente Verpflichtungen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von 8,0 Millionen Euro zu einem vorab festgelegten Zinssatz zu erwerben. Mit einer Ausübung wird derzeit nicht gerechnet.

Es werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Tantiemezahlungen an die Vorstände betragen für das Geschäftsjahr: 22 Tausend Euro und für das Vorjahr: 5 Tausend Euro.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr keine Vergütungen gezahlt.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 37 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 2 Tausend Euro.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover erstellt einen Konzernabschluss, in den die Provinzial Pensionskasse Hannover AG als abhängiges Unternehmen einbezogen wird und der im Bundesanzeiger bekannt gemacht wird.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover, Hannover, ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Hannover unter der Nummer HRB 60620 eingetragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung bezüglich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben nach Schluss des Geschäftsjahres nicht stattgefunden.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Um die versicherten Leistungen zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden, von der Aufsichtsbehörde genehmigten Rechnungsgrundlagen vorsichtig gewählt. Dadurch entstehen im allgemeinen Überschüsse, an denen jeder Vertrag im Rahmen der Überschussbeteiligung teilhat. Die Höhe dieser Überschüsse hängt von der Verzinsung der Kapitalanlagen, der Entwicklung der Lebenserwartung und dem Verlauf der Kosten ab. Die daraus resultierenden Ergebnisse unterliegen jedoch Schwankungen. Kurzfristige Schwankungen können in aller Regel ausgeglichen werden. Lang anhaltende Änderungen, z. B. an den Kapitalmärkten, oder wenn die Lebenserwartung stärker als bisher eingerechnet steigt, führen dagegen zu einer entsprechenden Anpassung der Überschussanteilsätze.

Das System der Überschussbeteiligung, also die Art und Weise wie der Überschuss festgestellt und den Verträgen zugeteilt wird, erfolgt für die bis einschließlich 2005 angebotenen Tarife entsprechend dem von der Aufsichtsbehörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, genehmigten Geschäftsplan für die Überschussbeteiligung. Für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge sind allein die gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen maßgebend. Die Überschussanteilsätze werden jährlich vom Vorstand auf Vorschlag des verantwortlichen Aktuars für das Folgejahr festgelegt.

Derzeit gilt folgendes Verfahren:

Die Überschüsse werden jährlich zum 1.7. eines Jahres den Verträgen zugeteilt. Der Zinsüberschussanteil wird vor Rentenbeginn in Prozent des arithmetischen Mittels des Deckungskapitals am Jahresanfang und Jahresende des Vorjahres ermittelt. Nach Rentenbeginn ist das gewinnberechtigende Deckungskapital am Zuteilungstermin maßgeblich. Der Grundüberschuss wird in Prozent der erreichten Jahresrente errechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeitrag für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird. Hierdurch erhöht sich die versicherte Rente; nach Rentenbeginn ergibt sich dadurch eine jährlich zum 1.7. steigende Gesamt-Rente.

Ferner ist bei Beendigung des Vertrages in der Aufschubzeit sowie zu Rentenbeginn der Versicherungsnehmer an etwaig vorhandenen Bewertungsreserven unter Berücksichtigung des Sicherungsbedarfes zu beteiligen. Für diese Beteiligung kann jährlich eine Sockelbeteiligung festgelegt werden. Ist die tatsächlich zustehende Beteiligung höher als die Sockelbeteiligung, wird der übersteigende Teil zusätzlich bezahlt. Zurzeit ist keine Sockelbeteiligung festgelegt.

Für das Jahr 2018 wurden folgende Überschussanteilssätze für Anwärter und Rentner festgelegt:

Zinsüberschussanteile des gewinnberechtigten Deckungskapitals für Anwartschaften zum 1.7.2018

Tarif (Faktorentabelle)	Überschussanteil in %
PK, PK04, PK05, PK06, PK07, PK08, PK09 jeweils in den Tarifstufen (TS) N, F, V	–
PK12 und PK13 in den TS N, F, V	0,25 %
PK15 in den TS N, F, V	0,75 %
PK17 in den TS N, F, V	1,10 %

Weitere Überschussanteilssätze werden nicht gewährt.

Hannover, den 16. April 2018

Der Vorstand

Rolf-Dieter Marson

Kerstin Garbe

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Provinzial Pensionskasse Hannover AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein

Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass zukünftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 15. Mai 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dennis Schnittger
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden.

Im Geschäftsjahr fanden vier Sitzungen des Aufsichtsrats statt. In den Sitzungen wurde unter anderem über den Jahresabschluss des Vorjahres, über die Geschäftsentwicklung 2017 und über die Planung 2018 beraten.

Über alle wesentlichen Sachverhalte wurde der Aufsichtsrat durch die Vorstandsmitglieder laufend informiert. Insbesondere erfolgte eine laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Deckungsrückstellung und der Zinszusatzreserve.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag an die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Der abschließende Prüfungsbericht enthält den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer auch den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Hier hat der Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind und bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.

Alle Mitglieder haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers über die Jahresabschlussprüfung erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Weiterhin stellte der verantwortliche Aktuar seinen Erläuterungsbericht und Angemessenheitsbericht vor, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der versicherungsmathematischen Berechnungen und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt den festgestellten Jahresabschluss der Hauptversammlung zur Bestätigung vor.

Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern für Ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 31. Mai 2018

Jörg Sinner
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen

Schiffgraben 4

30159 Hannover

Telefon 0511 362-0

Telefax 0511 362 29 60

E-Mail service@vgh.de

Internet www.vgh.de